

# Arnold begrüßt schnellere Verfahren

Asylpaket zur Bewältigung der Flüchtlingskrise entlastet Länder und Kommunen

**Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold ist froh, dass künftig die Länder und Kommunen von den Kosten der Flüchtlingsaufnahme um mehr als vier Milliarden Euro entlastet werden. Steigen die Flüchtlingszahlen, steigt auch die Entlastung, heißt es dazu in einer Pressemitteilung.**

**Kirchheim.** „Seit mehr als einem Jahr haben wir Sozialdemokraten gefordert, schnellere Verfahren durchzusetzen, mehr in Integrationsmaßnahmen, in Sprache, Ausbildung und Arbeit zu investieren und die Länder und Kommunen nicht alleine zu lassen. Jetzt endlich konnten wir diese wichtigen Ziele erreichen“, so Arnold. Künftig be-

teilige sich der Bund nicht nur an der Versorgung unbegleiteter Minderjähriger, sondern stellt die 900 Millionen Euro, die durch die Abschaffung des Betreuungsgeldes frei geworden sind, generell für eine bessere Kinderbetreuung bereit. Auch die Mittel für den sozialen Wohnungsbau würden aufgestockt.

Trotz all diesen Anstrengungen sei es jedoch so, dass Deutschland nicht alle Menschen aufnehmen könne, meint der Bundestagsabgeordnete. Auch dies gehöre zur Ehrlichkeit dazu. „Daher müssen wir den Zuzug begrenzen und schnell herausfinden, wer Schutz benötigt und wer nicht“, meint Rainer Arnold.

Dies werde in einem fairen Verfahren im Rahmen des verfassungs-

rechtlich verbürgten Rechtes auf Asyl entschieden. Bis zum Ende des Asylverfahrens werden in Zukunft die Asylbewerber in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben.

Der SPD-Mann präzisiert, dass diejenigen, die keine Bleibeperspektive hätten, Deutschland auch verlassen müssten. Dies sei insbesondere für die Menschen, die aus sicheren Herkunftsstaaten kämen, wichtig zu wissen. Ab November gehören dann auch Albanien, Kosovo und Montenegro dazu.

Für Rainer Arnold ist es aber wichtig, dass für die Menschen speziell aus den Ländern des Westbalkans legale Wege gefunden werden, um hier einzureisen und zu arbeiten, etwa als Erntehelfer. Weitere Maßnahmen betreffen die Beseitigung von Fehlanreizen. So sollen

künftig Geldleistungen maximal einen Monat im Voraus ausgezahlt werden.

„Gleichzeitig müssen wir große Anstrengungen unternehmen, die Flüchtlingskrise zu bewältigen, aber auch die Fluchtursachen zu bekämpfen. Hierbei ist Deutschland, aber besonders auch Europa gefordert“, betont Arnold. Zu den vorgesehenen Maßnahmen gehören Hotspots, also Aufnahme- und Registrierungsstellen in Griechenland und Italien. Es müssen jedoch auch die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern verbessert werden, beispielsweise durch Aufstockung der Gelder für die UN-Flüchtlingshilfswerke. Auch die USA und die Golfstaaten müssen ihre Anstrengungen deutlich erhöhen, da sich der Bundestagsabgeordnete sicher.

pm

Teobold, 6.10.2015 5:16